

Alternative Distinktionen? Zum ideologischen Erbe ökologischer Wachstumskritik

Christian Hilgert

Christian Hilgert: christian.hilgert@uni-konstanz.de

Anfang der 1970er Jahre wurden ökologische »Grenzen des Wachstums« innerhalb weniger Jahre als neues gesellschaftliches Problem etabliert. Gegenwärtige Diskussionen über Klimawandel, Postwachstum und Commons haben wesentliche ideengeschichtliche Wurzeln in diesem frühen Umweltdiskurs. Die hier vorgestellte wissenssoziologische Analyse soll ein sich daraus ergebendes ideologisches Erbe aufdecken, das in dem Verhältnis der ökologischen Wachstumskritik zu politischen Konflikten und Fragen sozialer Ungleichheit liegt.

Eine historische Rekonstruktion zeigt auf, dass die »ökologische Revolution« (Radkau) um 1970 – entgegen gängiger Annahmen – kein Teil des Aufstandes der 68er war, sondern eine Entwicklung, die wesentliche Züge eines staatlich geförderten Agenda Settings »von oben« hatte. Die damalige politische Attraktivität des Umweltdiskurses wird darauf zurückgeführt, dass dessen Leitunterscheidung Mensch/Umwelt die dominanten gesellschaftlichen Konfliktlinien unterlief, und sich deshalb hervorragend für eine innen- und außenpolitische Reformagenda der »Entspannung« eignete. Die neue Linke stand der Umweltdebatte damals kritisch gegenüber. Namhafte Vertreter warfen ihr die Verschleierung von sozialer Ungleichheit und Klassenherrschaft vor.

Diese Ablehnung ist heute vergessen und ökologische Kapitalismuskritik wird selbst als linkes Thema identifiziert, das ein breites Spektrum an Suchbewegungen nach alternativen Formen des Wirtschaftens motiviert. Obgleich ethischer Konsum, gemeinwirtschaftliche Experimente oder *Fridays for Future* ihrem Anspruch nach allen offen stehen, zeigt sich empirisch eine gewisse Überrepräsentation gehobener Mittelschichten in dieser politischen Avantgarde, während gleichzeitig traditionelle linke Parteien vielerorts einstige Stammklientel an Rechtspopulisten verlieren. Es wird argumentiert, dass dies auch mit dem kognitiven Erbe des Umweltdiskurses zusammenhängt: Das freiwillige Engagement für die Zukunft der Menschheit kann *zugleich* der Legitimation sozialer Ungleichheit dienen, weil die politischen *Sicht- und Teilungsschemata* (Bourdieu) es erlauben, sozialstrukturelle Privilegien in Symbole tugendhafter Lebensführung umzuwandeln. Soziologisch diskreditiert diese latente Funktion nicht das manifeste Ziel, sondern konstituiert vielmehr einen leistungsfähigen Mechanismus der Motivation – politisch belastet dieser aber die Agenda einer alternativen Ökonomie mit Folgeproblemen, denen sich eine immanente Kritik stellen muss.

Neo-malthusianische Perspektiven im Anthropozän-Diskurs und queer-feministische Kritik

Diana Hummel

Diana Hummel: hummel@isoe.de

Vor dem Hintergrund des globalen Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt entwickelten Erdsystemwissenschaftler*innen die Idee einer neuen Erdepoche, geprägt durch die Menschheit als dem dominierenden Faktor im Erdsystem – die Auswirkungen menschlichen Handelns auf den Planeten seien zeitlich und räumlich ebenso gravierend wie geophysikalische Kräfte. Im Anthropozän-Diskurs werden diese Veränderungen als irreversible Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen bis hin zur Gefährdung für das Überleben der Menschheit bewertet. Der Bevölkerungsentwicklung, besonders demographischen Wachstumsprozessen sowie den Geburtenzahlen ärmerer Bevölkerungsgruppen, wird in der Anthropozän-Debatte eine wesentliche Rolle beigemessen. Dabei lässt sich vielfach eine Aktualisierung neo-malthusianischer Perspektiven verzeichnen, die vor allem das Bevölkerungswachstum und hohe Geburtenraten in Ländern des globalen Südens als zentrale Ursache für Ressourcenausbeutung, ökologische Zerstörung, Armut und wachsende Konflikte betrachten, implizit oder explizit ein Zuviel bestimmter Bevölkerungen bzw. Bevölkerungsgruppen postulieren und Maßnahmen zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums fordern. Feministische, kapitalismuskritische und post-koloniale Ansätze entwickelten bereits im Kontext der Diskussion um internationale Bevölkerungs- und Biopolitik (durchaus heterogene) Kritikperspektiven gegen neo-malthusianische Ideologien als Merkmal sexistischer und rassistischer Herrschafts- und Machtverhältnisse. Der Beitrag geht der Frage nach, was aus diesen anti-malthusianischen Ansätzen, aber auch neueren queer-feministischen und intersektionalen Perspektiven gelernt werden kann, um Möglichkeiten zu eröffnen, das Verhältnis von Natur, Gesellschaft und Politik zu überdenken.

„Konturen einer ökofeministischen Gesellschaft“: Erinnerung an einen alternativen Ökonomieentwurf, der sich nicht in bürgerlicher Subjektivität und Männlichkeit erschöpft

Antonia Kupfer

Antonia Kupfer: antonia.kupfer@tu-dresden.de

Das Ziel meines Vortrags ist, an eine ältere Kritik am Wachstumsparadigma und kapitalistischer Vergesellschaftungen zu erinnern, die gerade *nicht* in die Falle exkludierender Partizipations- und Egalitätsvorstellungen getappt ist. Mit Mies „Konturen einer ökofeministischen Gesellschaft“ finden wir einen Entwurf alternativer Ökonomien, auf dem es sich aufzubauen lohnt. Konkret werde ich Mies „Konturen einer ökofeministischen Gesellschaft“ auf die Frage hin lesen, was ihre Ausführungen heute bedeuten. Dazu werde ich im Folgenden prägnante Thesen aus Mies Manifest zitieren und knapp kommentieren. Im Ergebnis komme ich zu einem ideologischen Gehalt eines alternativen Ökonomieentwurfs, der sich nicht in bürgerlicher Subjektivität und Männlichkeit erschöpft. Insgesamt möchte ich mit meinem Beitrag dazu anregen, sich wieder stärker auf ältere Quellen feministischer Konzepte zu beziehen und diese weiterzuentwickeln.

„Wir sehen ein, daß eine öko-feministische Perspektive einer neuen Gesellschaft mit der Analyse der Gesamtheit der Verhältnisse beginnen muß, die unsere Wirklichkeit bestimmen.“ (Mies in Lenz 2010: 410) Der Ansatz für gesellschaftliche Entwürfe alternativer Ökonomien liegt demnach im kritischen Blick auf aktuelle Strukturen hierarchischer und dualistischer Abspaltungen in globaler Perspektive. Dafür sollten wir wieder stärker Gesellschaftsanalysen in Makro-Perspektiven betreiben, wie es beispielsweise Sylvia Walby macht.

„Eine öko-feministische Gesellschaft muß die Aussicht auf „Entwicklung“ bzw. „Befreiung“ durch Ausbeutung anderer radikal zurückweisen.“ (ebd.) Dafür benötigen wir eine „andere Wirtschaft und Gesellschaft“ und einen „anderen Arbeitsbegriff“ (ebd.). Arbeit ist Lust und Last. Sie ermöglicht Menschen kreativ zu sein und nötigt sie Routineaufgaben zu erledigen. Damit wir „Kreativität, Potenz, Selbstwirksamkeit und Innovation“ (Call for Papers) entfalten können, müssen wir „daran festhalten, daß Arbeit einen Sinn und einen Zweck behält. [...] Nur wenn wir wissen, daß unsere Arbeit notwendig ist, daß sie für uns und andere nützlich ist, werden wir nicht am Sinn unseres Lebens zweifeln.“ (ebd. 413). Gut dreißig Jahre später, heute, in einer Zeit des „Aufstiegs anti-demokratischer und autoritärer Strömungen“ (Call for Papers), bedeutet dies, dass wir Kreativität usw. nicht allein als Konstruktion und Imagination bürgerlicher Subjektivität bezeichnen, sondern stattdessen diesen und andere Begriffe wieder mit feministischen Inhalten prägen sollten.